

Zur Erinnerung an die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968¹

Alexander von Plato

Vorbemerkung

Wir wissen einiges über die Bedeutung des Prager Frühlings und seiner Niederschlagung durch Warschauer-Pakt-Truppen für die DDR: zum Beispiel dass die gesamte DDR-Opposition in ihren verschiedenen Facetten durch den Prager Frühling die Hoffnung eingepflanzt bekam: „Veränderung ist möglich!“, dass der „tschechoslowakische Winter“, also der Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, diese Hoffnung nicht ganz ersticken konnte; denn diejenigen, die 1968 kritisiert hatten, waren 1989 zum großen Teil wieder dabei.

Wir wissen auch, dass die SED-Spitze, besonders ihr Chef Walter Ulbricht, einer der Hauptgegner der Dubcek-Führung war; dass die DDR-Truppen sich dennoch nur im Hintergrund gehalten haben. So waren die 7. Panzerdivision und die 11. motorisierte Schützendivision zwar bereits seit dem Juli 1968 in Gefechtsbereitschaft versetzt und in die Nähe der tschechischen Grenze verlegt worden, aber nur ein Funktrupp überschritt quasi symbolisch die Grenze und sorgte damit für die erste Intervention auch deutscher Truppen seit dem Zweiten Weltkrieg.

Wir wissen auch, dass es einige Widerstandsaktionen in der DDR gegeben hat: Laut Stasi-Berichten handelte es sich vor allem um Unterschriftenverweigerungen oder um „schriftliche Hetze gegen die Friedensmaßnahmen“. Ohne „raffinierte Methoden“ „wurden an 389 Stellen in Berlin insgesamt“ – so weist die Stasi akribisch aus – „3.528 Flugblätter verbreitet und an 212 Stellen 272 Losungen geschmiert“ (Wolle 1992, 43). Wer dabei ergriffen wurde – und dies waren immerhin 63% der Flugblattverteiler laut Stasi-Statistik –, hatte mit harten Strafen zu rechnen. „Bei den ermittelten Tätern handelt es sich fast ausschließlich um Personen unter 30 Jahren, vornehmlich um das Alter zwischen 17 und 25 Jahren“, vermutlich mit leichtem Schwerpunkt auf Oberschülerinnen und Oberschülern.

Von den Alten und Älteren ist in den Akten kaum die Rede – sie sind nicht polizeilich aufgefallen. Aber bedeutete dies Zustimmung? Was hielten diese Älteren nach Krieg, 17. Juni 1953 und Mauerbau von diesem Einmarsch mit deutscher Beteiligung?

¹ Ein unveröffentlichter Vortrag zum 25. Jahrestag der Besetzung der Tschechoslowakei, gehalten 1993 in Leipzig.

Erinnerungen

Eine Recherche durch unsere 1987 in der DDR geführten Interviews² scheint zunächst einmal die Stasi-Akten zu bestätigen: Der Prager Frühling und seine Unterdrückung haben keinen sicht- bzw. hörbaren „Mitteilungsdruck“ geschaffen. Erst von den Interviewern absichtlich unpräzise gestellte Nachfragen zum Jahr 1968³ evozierten als erste Reaktion Nichtverstehen, Dummstellen oder Zustimmung zu der „Maßnahme unseres Staates“. Drei Grundtendenzen treten schließlich in den Äußerungen zum Prager Frühling auf Anfrage hervor:

- Die erste Tendenz zeigt Menschen, die es gelernt haben, jene politische Haltungen wiederzugeben, die auch im Neuen Deutschland nachzulesen waren, manchmal geradezu grob bis „sprechblasenhaft“, insbesondere solchen unsicheren Kandidaten wie uns Westdeutschen gegenüber. Unter ihnen sind die in der Mehrheit, die den 17. Juni 1953 erlebt haben und zumeist lernen mussten, dass Widerstand nichts bringt, oder sogar gefährlich, sicherlich aber der Karriere nicht förderlich ist.
- Die zweite Tendenz demonstriert Ablehnung und Kritik auf der Grundlage persönlicher Erfahrungen der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges oder persönlicher Bekanntschaften mit Tschechen bzw. Slowaken oder auf Basis der Westberichterstattung über die Intervention in der CSSR. Unter diesen Befragten sind nicht nur Oppositionelle oder Kritiker des DDR-Systems zu finden, sondern auch frühere Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich an das Münchner Abkommen und den Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei erinnern.
- Vertreter der dritten Tendenz sind angesichts der Mixtur aus Ablehnung der Intervention und der Furcht vor möglichen Konsequenzen ihrer Äußerung kaum in der Lage, eine Weder-noch-Haltung zu formulieren.

Einige Beispiele aus Interviews, die die drei genannten Tendenzen zumindest deutlich machen:

a. Eine Verteidigerin

Auf zweimalige Nachfrage zur CSSR 1968, antwortet Carola Herz⁴:

Also, was die CSSR betraf, da war mir sofort klar, da gab's keine Spontaneität, da war mir klar, dass dort die Konterrevolution also Fuß gefasst hat. Und dass diese Armeen, so war ja auch unsere NVA drüben –, dass nur mit dieser Hilfe, und auch die Hilfe angefordert wurde, dass das konnte niedergeschlagen werden, dass das nicht – das war mir also sofort klar ... Ich hab Bekannte in der CSSR, und da sagte eine Frau: Na ja, wir verstehen nicht, dass Ihr einmar-

2 Gemeinsam mit Dorothee Wierling und Lutz Niethammer konnte ich 1987 eine Reihe von Interviews in der damaligen DDR führen. Die Interviews sind zugänglich im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität Hagen. Vgl. zu den Ergebnissen der Befragung Niethammer/Plato/Wierling 1991.

3 Bei ungefähr 15 % unserer Interviews gestellt.

4 Die Namen der hier und im Folgenden genannten Interviewpartner wurden geändert. Das Interview mit Frau Herz führte Dorothee Wierling.

schiert seid und so weiter, und das haben die ja auch geschrieben, die verstanden das nicht. Ja aber, das hat ja mit Aggression nichts zu tun. Wenn das ne Aggression gewesen wäre, dann hätten wir oder die Sowjetunion das Land besetzt. So, jetzt sitzen wir da drin.

Interviewerin (I.): Aber es war doch ein Gewaltakt, es wurde doch als Aggression empfunden.

Herz: Ziel war doch nie, dass wir wieder (!) das Land besetzen wie '39. Ist niemand drüben geblieben, weil das ja gar nicht nötig war.

An anderer Stelle, im Zusammenhang mit dem 17. Juni, 1953 sagte Carole Herz:

Das ist an und für sich normal, der 17. Juni. Denn es gab Ungarn, es gab CSSR, es gibt überall, wo die neue Gesellschaft auftaucht, die Konterrevolution. Das gibt's überall.

Das Erstaunliche an diesen wie an anderen Verteidigungshaltungen der Intervention ist der genaue Bezug zur nationalsozialistischen Politik: Die Parallele zu 1938 wird in vorauseilender Annahme dieses Arguments sofort gezogen, gewinnt aber ihre eigentliche Bedeutung nicht im Sinne eines Erschreckens über die Invasion, sondern umgekehrt für deren Banalisierung. 1968 habe man doch eine Lappalie abgeliefert angesichts „unserer“ Besetzung von 1938/1939. Außerdem könne man heute als internationalistischer Sozialist eigentlich eher von Hilfe denn von Besetzung sprechen. Man verschwinde ja sofort wieder und bleibe dort nicht, weil das ja auch gar nicht nötig sei. Man weiß nicht, ob man hier von Naivität oder Zynismus sprechen soll. Ein Blick in die Lebensgeschichte von Frau Herz könnte Aufschluss geben.

Frau Herz, Jahrgang 1920, stammt aus einer sozialdemokratischen Arbeiter- bzw. Heimarbeiterin-Familie. Nach der Volksschule – mehr war finanziell trotz anderer Wünsche nicht drin – wurde sie Handarbeiterin in einem Textilbetrieb, der auf Rüstungsproduktion umgestellt wurde. Nach Kriegsende stellte sie wieder Trikotagen her, die vor allem als Reparationen in die Sowjetunion gingen. Ihr Verlobter trennte sich von ihr und ging in den Westen ebenso wie ihr Bruder. Sie blieb unverheiratet.

Die Teilung Deutschlands hat ihr „wehgetan“, weil „wir ein Volk sind“. 1951 trat sie der Deutsch-sowjetische Freundschaftsgesellschaft (DSF) bzw. dem Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) bei. Noch vor dem 17. Juni 1953 wurde sie aus Überzeugung Mitglied der SED. Sie sei empört gewesen, dass sich am 17. Juni Arbeiter gegen ihren eigenen Staat erhoben, „den sie beherrschen, mehr oder weniger“. Seit 1953 „verbesserte“ sie sich beruflich und wurde schließlich nach vielen Weiterbildungen hauptamtliche Leiterin des Betriebsfunks und damit offiziell „Journalistin“. Anfänglich hat sie sich diese Arbeit nicht zugetraut, aber es ging gut. 1980 wurde sie Rentnerin. Am Ende des Gesprächs offenbart Frau Herz, dass sie erst in den 1960er Jahren aus der evangelischen Kirche austrat, sich aber immer noch, also 1987, als gläubig empfindet.

Diese Skizze der Lebensgeschichte von Frau Herz bestätigt einmal mehr die nun schon häufig konstatierte Tatsache, dass in der SBZ und frühen DDR eine Umschichtung stattfand, die auch die „unteren Klassen“ erfasste: Frau Herz als Hilfsarbeiterin wurde Betriebsjournalistin, die schrieb, fotografierte und Betriebsfunksendungen machte, die sogar manchmal von Rundfunksendern ausgestrahlt wurden. Frau Herz ist

– verständlich genug – stolz auf diese Entwicklungen, die immer wieder von ihr Bewährungen verlangt haben.

Politisch wirkt Frau Herz dagegen weniger authentisch: Ihre politischen Erklärungen sind knapp, nicht auf Überzeugung angelegt, sondern auf Übereinstimmung mit der Linie ihres Staates und ihrer Partei. Besonders die ständige Heranziehung der Konterrevolution simplifiziert politisch schwierige Komplexe der Geschichte des sowjetischen Blocks wie die Ereignisse 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, in Polen und die Beziehungen zur UdSSR, den Mauerbau in Berlin und die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 in der CSSR. Ihr Antifaschismus, ihr Verhältnis zu den Sowjets oder ihre sozialistische Überzeugung, die Erklärung über das „eine Volk“, immerhin 1987, der verschämt offenbarte christliche Glaube – all dies erscheint in ihrer politischen Lebensgeschichte unaufgelöst bzw. schwer zu vereinbaren.

Vielleicht liegt in diesem möglichen Widerspruch zwischen beruflicher Bindung an die DDR und politisch-ideologischer Schlichtheit der Grund dafür, dass Frau Herz mir manchmal politisch naiv bis zynisch erscheint, aber dennoch glaubwürdig in ihren Bindungen an die DDR.

Für ihren beruflichen Aufstieg und für ihre weiteren politischen Einschätzungen jedenfalls wurde die Weichenstellung vor und um den 17. Juni 1953 entscheidend. Der dort beschlossene Kampf gegen „die“ Konterrevolution hatte langfristige Auswirkungen sowohl für ihre Karriere wie für die späteren politischen Sichtweisen auf Ungarn 1956, den Mauerbau oder den Prager Frühling.

Wenigstens erwähnen möchte ich, dass mich nach den Interviews mit den so grob erscheinenden Verteidigern des Einmarsches ein Gefühl befiel, für das sich in den nackten Interviewtexten kein Beleg findet – das Gefühl nämlich, dass es auch ein „schlechtes Gewissen“ sein könnte, das zu diesen sprechblasenhaften Begründungen führte, eine Flucht nach vorn, mit angespannter Kopfhaut durch bis zur – wenn auch tönernen – Sicherheit der Parteilinie. Was sonst hätte man als Parteimitglied sagen können in einer mehr als ungewöhnlichen Situation mit westdeutschen Historikern, die auch noch von ganz oben die Erlaubnis zur Befragung bekommen hatten?

b. Ein Kritiker

Gerade die Tschechoslowakei weckte nicht nur bei den Verteidigern der Intervention von 1968 Assoziationen an die Politik des Nationalsozialismus 1938, sondern auch und gerade besonders bei deren Kritikern.

Herr Krauss zum Beispiel.⁵ Er hat ein Bein verloren und sitzt im Rollstuhl:

I.: Können Sie sich noch an 1968 erinnern?

K.: Was wollen Sie da unbedingt wissen, den Punkt?

I.: Der Einmarsch in die Tschechoslowakei.

K.: Ach das. Da haben wir – wissen Sie, was ich gesagt habe? „Das fällt den Deutschen wieder ein, in die Tschechei mit einzumarschieren, das fällt denen wieder so ein.“ Ich sagte: „Schämen die sich nicht?“ Das habe ich gesagt:

„Schämen die sich nicht?“ Ich habe auch manchmal –

(Herr K. unterbricht sich und zeigt auf das Tonband)

K.: Lläuft das noch?

5 Das Interview mit Herrn Kraus wurde ebenso wie die im Folgenden zitierten vom Autor geführt.

I.: Ja

K.: Mann, ich komm hier in des Deubels Küche.

I.: Ach Gott, aber wir können jetzt hier auch wirklich aufhören. Wollen Sie Schluss machen?

Frau K.: Ja.

Herr K.: Geschimpft haben sie alle: „Wie kann der Deutsche sich wagen, in die Tschechei einzusteigen.“... Denn wir (!) waren doch dort in dieser Ecke, wo die Deutschen (!) waren, in der Slowakei. Die waren ja auch in der Slowakei... (Es folgt eine längere Kriegsgeschichte.)

I.: Also, das war jetzt im Krieg.

K.: Während dem Kriege, während dem Krieg war das.

I.: Ach so, ich dachte, Sie meinten das jetzt noch während der Tschechoslowakei (1968), das meinte ich.

K.: Auch die Genossen waren da drüber empört. Ich hätte das abgelehnt, wenn ich die DDR-Staatsführung, hätte ich gesagt: „Das können wir nicht machen, da haben wir noch zu viel dreckige Wäsche im Rucksack, wir halten uns da raus.“

Martin Krauss schimpft in diesem Stil trotz der Hoffnung seiner Frau auf das Ende des Interviews weiter und macht dabei deutlich, dass in seinem Betrieb – er selbst war damals noch Arbeiter in der chemischen Industrie – viel Kritisches über den Einmarsch geredet worden sei. Woher kommt seine Kritik? Dazu eine kurze Zusammenfassung seiner erzählten Biographie:

Herr Kraus ist Jahrgang 1918, stammt aus einer Arbeiterfamilie, die, wie er selbst, der Kommunistischen Partei nahestand. Nach acht Klassen Volksschule machte er 1933 eine Schlachterlehre, bekam 1936 Arbeit im Schlachthof und wurde 1937 mit dem Reichsarbeitsdienst ins Emsland geschickt. Nach einigen Hilfsarbeiten wurde er 1938 gemustert und eingezogen, absolvierte Kriegsdienst in Deutschland, Polen, der CSR, der Sowjetunion und Ungarn.

In Polen erlebte er eher zufällig einen brutal durchgeführten Abtransport von Juden. „Da haben wir gesagt: ‚Mein Gott, wenn wir den Krieg verlieren, uns Deutsche hängen sie alle auf.‘ Da haben wir praktisch schon gezittert.“

Im Februar 1945, schon auf dem Rückzug, wurde er schwer verwundet: Lungendurchschuss. Ein Russe – glücklicherweise „kein so verrückter Russe“ – ließ ihn laufen, obwohl er ihn hätte umbringen können. „Ein feiner Kerl.“ Nach einer langen Odyssee durch Lazarette kehrt er nach Hause zurück. Nach Kriegsende begann er wieder mit Hilfsarbeiten und als Kraftfahrer im „Chemiekombinat“ (das damals noch keines war).

1945 ging Martin Krauss in die Gewerkschaft, gehörte bald der AGL (Abteilungsgewerkschaftsleitung) an und machte viel Kulturarbeit. Er fühlte sich der Kommunistischen Arbeiterbewegung nahe ebenso wie seine Herkunftsfamilie. Manche Genossen von früher begrüßt er mit „Rotfreund“, dem Rotsportlergruß, 1933 ebenso wie noch heute. „Ich bin da noch nicht abgekommen von diesem Weg.“ Unter anderem deshalb trat er nie in die SED ein, obwohl er sich in Gegenüberstellung zur Bundesrepublik eindeutig als DDR-Bürger versteht. Heute ist Herr Krauss schwer krank und hat nur noch ein Bein.

Es wäre sicherlich verkürzt, die deutliche Kritik von Herrn Krauss an der Interventionspolitik auf seine (alt-)kommunistische Herkunft und Haltung zurückführen zu wollen. Dennoch ist es auffällig, dass er immer dann, wenn er die SED kritisiert, auf seine alten Haltungen anspielt. In jedem Fall ist der Unterschied zu den Aufsteigern in der zu erst genannten Tendenz nicht zu übersehen, nämlich dass es ihm mehr als diesen um Überzeugungen und weniger um die Übereinstimmung mit Partei- und Staatsführung geht.

Noch wichtiger für seine Gesamtbiographie und für seine Haltungen zur Interventionspolitik 1968 scheinen mir seine Kriegserfahrungen zu sein, sowohl in der Tschechoslowakei als auch in Polen und der UdSSR. Die „dreckige Wäsche“, die die Deutschen seit Hitlers CSR-Politik und seit dem Zweiten Weltkrieg noch mit sich rumschleppen, hat er nicht vergessen und wird tagtäglich durch seine Verwundung und deren Folgen daran erinnert. Hier treffen sich vermutlich seine Überzeugungen als Kommunist mit jenen Lehren aus dem Kriege.

Im übrigen zeigt sich auch Martin Krauss nach anfänglichem Zögern voll informiert, und er weiß, wie fast alle, was im Westen weniger bekannt und im Osten eigentlich nicht öffentlich gesagt werden konnte, dass es 1968 zwar eine Beteiligung der NVA-Truppen gab, die aber – in Erinnerung an das Dritte Reich – vorsichtig „hinten gehalten wurden“.

c. Ein Unschlüssiger

Die dritte Tendenz, die unschlüssig bis gespalten erscheint, ist schwerer zu fassen. Für diese Schwierigkeit steht u.a. das Interview mit John Jakob:

I.: Was fällt Ihnen zum Beispiel zum Jahr 1968 ein?

Herr J.: Ich weiß nicht, worauf Sie -

I.: Prag, Einmarsch.

J.: Kann ich Ihnen jetzt auch nur sagen, was ich in den Zeitungen gestanden habe.

I.: Gerade haben Sie noch gesagt, dass hier jeder sagen konnte, was er wollte.

J. (räuspernd): Äh, passen Sie auf. Das kommt immer darauf an, wie ich etwas sage. Ich meine jetzt nicht, dass ich irgendwie – ein Protest gegen eine Sache muss ich, wenn ich das von der Grundlage – ich weiß jetzt nicht, was – ich muss das jetzt mal von dem Standpunkt aus sagen, wenn ich etwas damit sage, wenn ich hier aufgetreten wäre und hätte gesagt, und wir würden jetzt hier zu fünf Mann in dem Raum hier sitzen, und würde sagen: „Mit dieser Maßnahme war ich nicht einverstanden“, wären sie nicht, das ist nicht wahr.

Was konnte ein Westdeutscher als Extrakt aus dieser anschaulichen Botschaft anderes entnehmen als den zarten Hinweis darauf, dass in einem Interview mit einem Mann aus der BRD oder bei einem Treffen von fünf DDR-lern möglichst nichts Kritisches gesagt werden sollte, weil nichts dabei herausgekommen wäre außer einem Stasi-Protokoll. Vielleicht wollte Herr Jakob auch signalisieren, dass die Intervention gezeigt habe, wo oder bei wem sich etwas lohnt. Protest im realen Sozialismus jedenfalls nicht. Wie dem auch sei: Auch er wusste sofort Bescheid, was da im Jahre 1951 nach der Oktoberrevolution passiert war.

John Jakob wurde 1929 geboren; sein Vater war Bergarbeiter, der sich „herausgearbeitet“ hat und Fahrdienstleiter im Braunkohlekombinat wurde. Die Mutter war Verkäuferin im Konsum und wurde Verkaufsstellenleiterin. Er selbst absolvierte mit gutem Erfolg die Volksschule, wurde Elektromonteur mit sehr gutem Abschluss und wollte höher hinaus, aber der Krieg machte ihm einen Strich durch die Rechnung. 1944 wurde er noch Luftwaffenhelfer. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft im amerikanischen Kreuznacher „Todeslager“ kehrte er zurück ins (spätere) Braunkohlekombinat, wo er bald „Aufseher“, also Leiter einer Fernsprechkolonie wurde. Er baute zugleich den örtlichen Sportverein mit auf und wurde einer der bekannteren DDR-Radsportler, schließlich internationaler Sportrichter und zeitweilig hoher DDR-Sportfunktionär. 1952 heiratete er eine Radsportlerin. 1961 trat er in die SED ein.

Einen traumatischen Einbruch seiner glanzvollen Laufbahn erlebte John Jakob 1968: Nach einem schweren Autounfall musste er alle seine zentralen Posten aufgeben. Er musste zurück in seinen Betrieb, wo er Clubhausleiter wurde. Probleme hat Herr Jakob mit Herz und Kreislauf. Er hat manchmal Angstgefühle und einen wechselnd hohen Blutdruck. Kritisch ist Herr Jakob vor allem gegenüber den Konsummöglichkeiten in der DDR und gegenüber der Bevorzugung Berlins in der Bautätigkeit.

Zusammenfassend lässt sich sagen: John Jakob hat 1945 den politischen Wechsel erlebt, kam von der HJ zur FDJ und hat insbesondere von der sportlichen Förderung in der DDR und den Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung profitiert. Für verschiedene Berufe wurde er qualifiziert und hat internationale Kontakte durch den DDR-Sport erhalten.

Auf der anderen Seite hat sein Autounfall – im Jahr des Einmarsches in die CSSR – seinen Etablierungsprozess stark eingeschränkt und ihn von dem hohen Status als DDR-Sportfunktionär mit internationaler Reputation stürzen lassen. Und noch eine Ambivalenz: Internationale Kontakte haben ihm manchmal einen Blick von außen einnehmen lassen; aber diese Perspektive war ihm eben nur möglich dank der Förderung durch die DDR, was ihm bewusst war. Die chaotische Unschlüssigkeit seiner Einlassung zum Einmarsch in die CSSR wird auf dem Hintergrund dieser Ambivalenzen seiner Lebensgeschichte vielleicht verstehbarer.

Ein ganz anderer Fall ist Moritz Kurowski. Er ist einer der jüngsten unserer Interviewpartner, Jahrgang 1937, und stammt aus einer Handwerker- und Flüchtlingsfamilie. Er war das, was man einen DDR-Halbstarcken der 1950er Jahre nennen könnte, prügelte sich in Gasthäusern und machte mit seinem Motorrad die Gegend unsicher.

Er wurde und blieb Kranfahrer, ein guter, wie er findet, und machte mehrfach Zusatzausbildungen und Fortbildungskurse. Sein Motto war: Bei guter Arbeit kann mir niemand – und er meint damit die inkompetenten Genossen. Er selbst war niemals in der Partei, hat sich auch vor der Arbeit in Massenorganisationen weitgehend gedrückt, ist jedoch politisch interessiert, aber – so schien mir mehr und mehr im Laufe des Interviews – das sollte niemand merken.

Ku.: 68 sagten Sie? 68?

I.: Ja, 68.

Ku.: 68? Was soll denn da passiert sein?

I.: Einmarsch in die CSSR.

Ku.: Ach ja, ja. Hmhm.

I.: Ist da hier nicht drüber diskutiert worden?

Ku.: Na ja. Aber ooch so bloß ganz kurz. Genausowas se damals glaub ich: Ungarn waren sie ooch schon mal da, ne. Na ja, mehr oder weniger diskutiert, aber, eh, der Kumpel vor Ort, na ja Gott gesprochen, aber dass es Auswirkungen hatte bei uns hier irgendwie, gar nicht.

I.: Was dachten Sie selber dazu oder Ihre Kollegen?

Ku.: Dass das Unsinn ist, dass sowieso nichts erreicht wird. Es wird nischt erreicht. Aber da rechnen sie nicht mit ...

I.: Sie meinen jetzt: Die Dubcek-Leute erreichten nichts?

Ku.: Ja, ja. Die erreichten nichts.

I.: Warum nicht?

Ku.: Nee, denn das – was heißt Dubcek. Ich meine bloß, es ist genausowas, wenn jetzt hier bei uns – nu stellen Sie sich mal vor, auf einmal hier, auch son paar Wilde hier so rumziehen und und krakeelen und – natürlich muss das – Wo war denn jetzt son Beispiel hier? War das nicht Argentinien, wo die Militärs geputscht haben?

I.: Ja.

Ku.: War doch da. So, und nun sehen Sie mal, das waren doch führende Köpfe, die Einfluss auf die Armee und auf Wehrorgane hatten. So, und was haben die erreicht? (...)Ich meine, die, eh, Macht, die ist so stark.

I.: Aber das war doch (in der CSSR) erst mal umgekehrt. Da war es doch die Partei selber, Dubcek war, wenn ich mich recht erinnere, Partei- und Regierungschef.

Ku.: Hmhm, Na ja. Sehen Sie mal. Na ja, es kommt darauf an ... Ich kann da sowieso nichts ändern, da sollen sie doch machen. Ick bin jetzt 51.

Alle politischen Widerstandsaktionen wo auch immer auf der Welt werden für ihn zum Beweis: Es lohnt sich nicht. Die regierenden Mächte sind stärker. Er geht da lieber angeln, ob mit seinem Sohn oder mit einem russischen Offizier, oder er schaut sich das Ganze von ganz weit weg, von unten, an. Manchmal hofft er allerdings darauf, dass die Großen „wie damals in den fuffziger Jahren mehr mit den Arbeitern unten an der Basis arbeiten ...“

Thesen

Die Interviews zeigen ein sehr viel differenzierteres Bild, als es die anfängliche These von der generationellen Unterschiedlichkeit – alte Befürworter der Intervention von 1968 gegen deren junge Kritiker – nahelegte. Auch unter den älteren Jahrgängen der Aufbaugenerationen der DDR gab es Kritiker des Einmarsches – sogar unter solchen, die sich stark mit der DDR identifizierten, allerdings kaum Berichte über offenen Protest. Die Kritik der Alten erhält ihre Glaubwürdigkeit zumeist durch eigene lebensgeschichtliche Erfahrungen mit Krieg und Nationalsozialismus, durch langjährige Überzeugungen oder Kontakte zu Tschechen.

Die Zustimmung zur Intervention schien mir demgegenüber weniger durch Überzeugungen abgesichert, sondern eher auf Zustimmung zur Parteilinie angelegt. Zugleich waren die Verteidiger der Staatspolitik sehr stark mit der DDR über ihre beeindruckenden Aufstiege verbunden. Weniger die Überzeugung als vielmehr der neue Status, neue Bildungsangebote, neue „bürgerliche“ Stellungen scheinen hier den so-

zialen Kitt abgegeben zu haben, wobei weniger die parteipolitische Zugehörigkeit entscheidend zu sein scheint als die Beziehung von Überzeugung und Bindungen an das neue System durch den Status, den es gewährte oder ermöglichte. Bei vielen mündet dieses Verhältnis von Karriere und Politik in konservative Begründungsmuster.

Die Aufsteiger sind im Übrigen in der Interviewtengruppe der Kritiker seltener als unter den Befürwortern. So wenig dieses quantifizierende Argument statistische Rückschlüsse auf die DDR-Gesellschaft erlaubt, so plausibel ist es jedoch als Verarbeitungsmuster. Es ist evident, dass überzeugte Sozialisten oder kriegserfahrene Gegner der nationalsozialistischen CSR-Politik eher die Intervention von 1968 kritisieren als karrieristische Profiteure der Umstrukturierung der DDR-Gesellschaft nach der Flucht qualifizierter Fachkräfte in den Westen. Und es ist erstaunlich, wie scharf konturiert diese Gruppen in den Interviews sind.

Besonders deutlich scheint mir der 17. Juni von 1953 als „Verarbeitungsfolie“ für das Jahr 1968 fungiert zu haben: Fast immer haben die Befürworter des Einmarsches selbst ihre Haltung von 1968 mit dem 17. Juni 1953 in Beziehung gesetzt oder gar begründet. Vielleicht war ihnen 1945 der Sieg der Sowjetunion über den Nationalsozialismus wie überhaupt der Antifaschismus so eingeebnet, dass die Sowjetunion diesen Kredit behielt, als diese hehren Attribute in den Gulags oder 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, Polen oder 1968 in Prag längst zu Ideologemen verkommen waren. Die unspezifische „Konterrevolution“ lieferte den Pappkameraden und war zugleich Ausdruck der geringen argumentativen Kraft der Befürworter. Bemerkenswert war demgegenüber die Tatsache, dass sich die meisten unserer Befürworter 1953 auf der richtigen, der staatlichen Seite befunden hatten, was ihnen große Vorteile brachte und zu Festlegungen geführt haben dürfte, die nicht so einfach zu revidieren waren. Man hatte sich eingelassen, sichtbar auch für andere.

Es könnte also sein, dass sich die Kritik vieler Jüngerer an der Intervention mit jener Kritik alter Antifaschisten traf, so dass man die Entscheidungen zu 1968 an der Messlatte jener „antifaschistischen“ und „völkerversöhnenden“ Werte traf, die die DDR-Führung seit der Gründung für sich reklamierte. Es könnte weiterhin sein, dass hier einer der Gründe für die Haltungen in der späteren DDR-Bürgerbewegung lag: Nicht die Frage nationaler Souveränität stand in der Ablehnung der Intervention im Vordergrund, sondern die „dreckige Wäsche“ aus dem Dritten Reich, um mit Martin Krauss zu reden, die „wir noch mit uns rumschleppten“. Der Bürgerrechtsopposition der DDR blieben Fragestellungen nationaler Souveränität fremd, bis das „eine Volk“ sie überrollte. (Aber immerhin war Prag das „68“ der DDR-Opposition.)

Viele Historiker und Politologen weisen der Niederschlagung des Prager Frühlings eine extrem hohe Bedeutung für das politische Bewusstsein in der DDR zu. Stefan Wolle z.B. vertritt die These, dass das SED-Regime 1968 die Kritiker des DDR-Realsozialismus mundtot gemacht, jeden Widerstand im Keim erstickt und Friedhofsruhe geschaffen habe – aber: Auch Stefan Wolle weiß natürlich, dass jeder Fahndungserfolg der Stasi, jedes Parteiverfahren gegen einen kritischen Genossen und jeder relegierte Student das System seiner Katastrophe näher brachte. Die Weichen, die am 21. August 1968 gestellt wurden, führten schließlich zum Herbst 1989.

Man müsste diese Thesen von der mindestens zeitweiligen Friedhofsruhe nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in Kenntnis der lebensgeschichtlichen Interviews von 1987 etwas relativieren: Ein kritisches Verhältnis zur Politik wagte sich

verständlicherweise nach dem erneuten Scheitern einer Hoffnung auf ein anderes politisches System oder auf einen anderen Sozialismus nicht offen zu artikulieren oder gar aktiv zu werden, aber es war in den Köpfen, wenn auch verdeckt, durchaus vorhanden. Mir scheint, dass die Analyse der Aussagen zu 1968 ebenso wie zum 17. Juni oder zum Mauerbau ein verbreitetes äußerst waches, wenn auch nicht aktives Verhältnis zur Politik offenbart, das im Westen nicht wahrgenommen werden konnte, weil es eben verdeckt bzw. privat blieb. Die Antworten auf die Fragen zu 1968 zeigen, dass man genau wusste, worum es ging, auch wenn man sich zunächst unwissend oder gar dumm stellte. Dieses Verstecken bestärkte andererseits ein ängstlich-labiles, zurückhaltendes bis opportunistisches Verhältnis zu Macht und Obrigkeit. Dieses evozierte manchmal sogar eine fast schadenfrohe Beziehung zu gescheiterten politischen Bewegungen andernorts, wenn es wieder einmal schiefgegangen war, nach dem Motto: Was wir 1953, 1956, 1961 und nun 1968 durchgemacht haben, das kann man doch überall auf der Welt erleben, sei es in Chile oder Argentinien, sei es in den USA oder in studentischen Protestbewegungen.

In gewisser Weise lebte die DDR von dieser ambivalenten Haltung zur Politik. Denn mehr als in Westdeutschland wurden die allgemeinen Rahmenbedingungen von Politik wahrgenommen, zugleich aber in ihrer scheinbaren Unüberwindlichkeit in Rechnung gestellt. Was aber würde sein, wenn diese Rahmenbedingungen poröser oder gar wegfallen würden?

Eines scheint übrigens alle Seiten etwas versöhnt zu haben, die Kritiker der Intervention ebenso wie die SED-Anhänger oder die Angepassten: Die DDR hat sich eigentlich kaum an der Intervention beteiligt, so richtig schuldig, so der Tenor, sind wir nicht geworden, da wir „hinten gehalten“ wurden. Aber ein schlechtes Gewissen schwingt in all diesen Erklärungen mit und dürfte ebenfalls eine Brücke zwischen den verschiedenen Seiten schaffen, besonders wenn Westdeutsche den Ex-DDRlern den mangelnden Widerstand auch und besonders 1968 vorhalten.

LITERATUR

- Niethammer, Lutz, Alexander von Plato und Dorothee Wierling: *Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR*, Berlin 1991.
Wolle, Stefan: *Die DDR-Bevölkerung und der Prager Frühling*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zum Parlament, Nr. B 36/92 vom 28. August 1992.